

FDP BW · Rosenstr. 22 · 70191 Stuttgart

Bundesverband Deutscher
Milchviehhalter e.V.
Gutenbergstr. 7-9
85354 Freising

Stuttgart, 13.01.2016

Sehr geehrter Herr Kühnle,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Fragen zur Landtagswahl 2016 und die damit verbundene Gelegenheit, die Positionen der Freien Demokraten darstellen zu können.

1. Befindet Ihre Partei die Liquiditätshilfen für Milchviehhalte als Reaktion auf die aktuelle Krise für ausreichend?

Nein. Unabhängig von ihrer Höhe können kurzfristige Liquiditätshilfen nur eine Notlösung sein. Damit die Milchviehhalter in Zukunft selbstbestimmte Unternehmer bleiben können und nicht auf staatliche Notgroschen angewiesen sind, müssen strukturelle Reformen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe und im Sinne des betrieblichen Risikomanagements folgen. Deshalb haben die Freien Demokraten im April 2014 im Landtag von Baden-Württemberg mit einem Entschließungsantrag eine Bundesratsinitiative des Landes für die Ermöglichung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe gefordert. Zwar haben die Fraktionen von CDU, Grünen und SPD dem FDP-Antrag im Landtag damals geschlossen zugestimmt. Doch hat die grün-rote Landesregierung die Bundesratsinitiative bisher nicht auf den Weg gebracht, da sie die Ablehnung durch die CDU im Bund und durch die Finanzminister der Länder fürchtet. Im Falle einer Regierungsbeteiligung wird die FDP jedoch auf die zeitnahe Umsetzung des einstimmigen Landtagsbeschlusses drängen.

2. Was soll aus Sicht Ihrer Partei zur Behebung der aktuellen Milchmarktkrise und zur Verhinderung eines weiteren Strukturbruchs in der Milchviehhaltung unternommen werden?

Neben der Ermöglichung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage sehen die Freien Demokraten vor allem Handlungsbedarf hinsichtlich des zunehmend unterentwickelten Wettbewerbs auf der Abnehmerseite (siehe dazu Antwort unter Ziffer 5) sowie bei der

▪ **Markttransparenz.** Die Einrichtung der Europäischen Milchmarktinformationsstelle kann bei dem Ziel, einen verlässlichen Datenüberblick über Erzeugung und Nachfrage zu erhalten sowie Spekulation vorzubeugen, nur ein erster Schritt gewesen sein. Auch die Praxis der öffentlichen Lagerhaltung muss auf den Prüfstand, da solche aktiven Eingriffe der öffentlichen Hand in den Markt zwar kurzfristig preisstabilisierend wirken mögen, die Reaktion des Marktes auf Überangebote aber letztlich nur in die Zukunft verschieben und somit Phasen der Markterholung zusätzlich belasten.

3. **Wie steht Ihre Partei zu mengenanpassenden Eingriffen in den Milchmarkt im Fall einer schweren Marktkrise?**

▪ **Zentralistische Mengensteuerungen oder andere planwirtschaftliche Instrumente haben bisher noch nie zu dauerhafter Stabilität eines Marktgeschehens geführt. Selbst zu Zeiten der europäischen Milchquote ist der Preis um bis zu 25 Cent je Kilogramm eingebrochen. Die FDP lehnt eine mengenbezogene Wirtschaftslenkung daher ab.**

4. **Hat oder wird Ihre Partei in dieser Frage auf das Bundeslandwirtschaftsministerium Einfluss nehmen?**

Die Freien Demokraten kämpfen dafür, ab 2017 wieder unmittelbaren Einfluss auf das Bundeslandwirtschaftsministerium zu haben, um sich dort für fairen Wettbewerb, Bürokratieabbau und Markttransparenz einsetzen zu können.

5. **Sollte aus Sicht Ihrer Partei die Marktstellung der Milcherzeuger im Vergleich zu Molkereien und Lebensmitteleinzelhandel verbessert werden?**

Ja. Abgesehen von den unverkennbaren Preisschwankungen auf dem Weltmarkt liegt das Kernproblem der deutschen Milchwirtschaft in der mangelnden Verhandlungsmacht der Erzeugerseite. Das Bundeskartellamt hat 2012 in seinem Abschlussbericht zur Sektoruntersuchung Milch verdeutlicht, dass der Wettbewerb zwischen den Molkereien in einigen Regionen Deutschlands stark unterentwickelt oder zum Teil bereits zugunsten einer monopolähnlichen Vormachtstellung einzelner Abnehmer erloschen ist. Auch dort, wo die Milchbauern theoretisch noch die Wahl zwischen verschiedenen Abnehmern haben, sind sie aufgrund der langfristigen Vertragsbindungen mit Kündigungsfristen von zwei Jahren keine vollends selbstbestimmten und freien Marktteilnehmer. Angesichts eines Marktanteils der Genossenschaftsmolkereien von etwa 70 Prozent sieht die FDP daher neben einer verschärften Marktaufsicht durch die Kartellbehörden vor allem die Notwendigkeit einer Reform des deutschen Genossenschaftsrechts. Die Macht der Erzeuger sollte dadurch gestärkt werden,

dass die Rechte der Mitglieder und Vertreter gegenüber den Genossenschaftsvorständen wieder ausgeweitet werden. Die weitere Schwächung der innergenossenschaftlichen Demokratie durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes von 2006 durch CDU, CSU und SPD war eine Fehlentscheidung.

6. In der Öffentlichkeit wird über ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung für Rinder diskutiert. Welche Position vertritt Ihre Partei bzw. welche Übergangsfristen würden Sie für eine solche Regelung vorsehen?

Die Freien Demokraten betrachten die ganzjährige Anbindehaltung für Rinder als Auslaufmodell. Mit Blick auf den heutigen Stand der fachlichen Praxis in der Rinderhaltung und auch aufgrund der steigenden vertraglichen Anforderungen des Handels an die Nutztierhalter ist davon auszugehen, dass entsprechende Tierhaltungssysteme heute nicht mehr errichtet und im Zuge von Modernisierungen nach und nach verschwinden werden. Die FDP sieht daher keinen Bedarf, gesetzgeberisch aktiv zu werden. Ein Übermaß an Ordnungsrecht führt im Zweifelsfalle eher dazu, dass Nutztierhalter Investitionen in moderne Haltungssysteme scheuen oder verschieben, und kann sich somit zum Nachteil der Tiere als Sanierungsbremse erweisen. Stattdessen sollten die Anforderungen des Agrarinvestitionsförderprogrammes entbürokratisiert werden, um über finanzielle Anreize die allgemeine Modernisierungsquote bei Tierhaltungssystemen zu erhöhen.

7. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Die FDP setzt auf die Sachkunde der Landwirte und auf die konsequente Einhaltung der fachlichen Gebote. Eine überzogene Dünge-Bürokratie auf dem Rücken der landwirtschaftlichen Betriebe lehnen die Freien Demokraten entschieden ab. Die vorgeschriebenen Mindestlagerkapazitäten sollten ebenso wenig ausgedehnt werden wie die ohnehin schon starren Sperrfristen. Letztere behindern in der Praxis eine auf die aktuelle Witterung und den tatsächlichen Bedarf abgestimmte Düngung. Die angekündigte Länderöffnungsklausel in der Düngeverordnung betrachtet die FDP mit Sorge, da sie zu einem Überbietungswettbewerb unter ideologisch geprägten Landesregierungen bestimmter Färbung führen könnte.

8. Die EU-Kommission rechnet erst ab 2020 mit Milchpreisen zwischen 32 und 35 Cent / Kilo. Hält Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für die baden-württembergischen Milcherzeuger für zukunftssichernd?

Nein, 32 bis 35 Cent je Kilogramm sind angesichts der aktuellen Kostenstruktur und der notwendigen betrieblichen Vorsorge für Krisenjahre kein zukunftssicherndes Preisniveau. Die FDP hält Preisprognosen mit einem Zeithorizont von 5 Jahren aber auch für wenig verlässlich.

Gerade die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Entwicklung des Milchpreises mit Blick auf konjunkturbedingte Nachfrageschwankungen in den Überseeexportmärkten und mit Blick auf politische Sondereffekte wie etwa die Ukraine-Krise nicht derart langfristig vorhersehbar ist, weder in die eine noch in die andere Richtung.

9. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Herkunft von Lebensmitteln für den Verbraucher nachvollziehbar zu machen (Fleisch und Milch)?

Das Land muss regionale Initiativen für die Registrierung geschützter Herkunftsbezeichnungen bei der Europäischen Union stärker beratend begleiten. Auch das Agrarmarketing durch die landeseigene MBW Marketinggesellschaft muss professionalisiert werden. Daneben können auch Eigenzertifizierungen von Seiten der Erzeuger und des Handels für mehr Transparenz bei der Herkunft von Lebensmitteln sorgen, wie das gelungene Beispiel „Die faire Milch“ zeigt. Die Transparenz solcher Zertifizierungen muss jedoch verstärkt überwacht werden, damit es zu keiner Verbrauchertäuschung oder unfairem Wettbewerb kommt. Hier sind sowohl die behördliche Marktaufsicht als auch die Verbraucherschutzverbände gefordert.

10. Welche Position vertritt Ihre Partei bei der Differenzierung der EU-Agrargelder in die erste und zweite Säule?

Die FDP bekennt sich klar zur Erhaltung der ersten Säule im bisherigen Umfang. Weitere Umschichtungen in die zweite Säule sind abzulehnen. Die Forderung der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe im Zuge der GAP-Reform 2020 vollständig zu streichen und die Landwirtschaft stattdessen nur noch über regionale Agrarumweltprogramme zu fördern, betrachten die Freien Demokraten als Frontalangriff auf die Planungssicherheit der deutschen Bäuerinnen und Bauern. Die Zukunft der Landwirtschaft darf nicht zum Spielball der Umweltministerien in den Landeshauptstädten werden. Auch kritisieren die Freien Demokraten das Greening der ersten Säule, da mit den Cross-Compliance-Verpflichtungen und den vielfältigen Fördermaßnahmen der zweiten Säule auch bisher bereits ein ausreichendes sowie flexibles Instrumentarium für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz bereit stand.

11. Wie beurteilt Ihre Partei das Gutachten des WBA beim BMEL zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung? Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung haben Sie?

Die Freien Demokraten betrachten die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik mit Skepsis. Dies betrifft insbesondere die Forderungen nach zusätzlichen Qualifizierungsverpflichtungen, einem Verbandsklagerecht im Tierschutzgesetz des Bundes

oder nach zusätzlichen behördlichen Erlaubnisvorbehalten für die Tierhaltung. Die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung wird letztlich nicht von Professoren in wissenschaftlichen Beiräten entschieden, sondern an der Ladentheke. So lange die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Handel ihre Vorstellungen zur Nutztierhaltung nicht durch ein entsprechend bewusstes Verhalten beim Wareneinkauf und durch die Wertschätzung für hochwertigere Produkte zum Ausdruck bringen, sind die tatsächliche Repräsentativität und die Aufrichtigkeit solcher Forderungskataloge zu hinterfragen. Die FDP lehnt eine gesellschaftliche Wohlfühlpolitik, die einseitig zulasten der Nutztierhalter geht, entschieden ab. Stattdessen sollten sich Handel, Verbraucher und Politik verstärkt um den Ausbau und die Förderung regionaler sowie erzeugernaher Vermarktungsstrukturen bemühen. Dies hilft sowohl den Tieren als auch unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieben am meisten.

Das vollständige Wahlprogramm finden Sie unter folgendem Link: https://www.fdp-bw.de/docs/FDPBW_LW_Programm_2016_druckversion.pdf

Für die freundliche Veröffentlichung unserer Aussagen bedanken wir uns schon jetzt.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Theurer MdEP
Landesvorsitzender